V2 Sachsens Aufbruch in die europäische Zukunft

Gremium:	LAG Europa und Internationales
Beschlussdatum:	11.04.2022
Tagesordnungspunkt:	TOP 19 Weitere Anträge (V-Anträge)

Antragstext

2018 haben wir die Europapolitik in Sachsen zu einer grünen Priorität gemacht. Der Wahlerfolg von 2019 und die Regierungsbeteiligung haben uns die Möglichkeit gegeben, die sächsische Europapolitik entscheidend zu prägen.

Es ist uns gelungen, die europäische Dimension über alle Ebenen hinweg in weiten Teilen der Landespolitik und des Regierungshandelns zu verankern und der Regierung ein erkennbar proeuropäisches Profil zu geben.
Die von der Staatsregierung vorgelegten Europapolitischen Schwerpunkte tragen dank grüner Regierungsbeteiligung erstmals eine progressive integrationsfreundliche Handschrift. Klimaschutz, Biodiversität, Kreislaufwirtschaft, Europabildung, Gleichstellung, Asyl und Migration sind ebenso Leuchttürme der Regierung wie Bürger*innenbeteiligung und Rechtsstaatlichkeit. Diese Themen spiegelt auch das sächsische Vorsitzprogramm der Europaminister*innen-Konferenz (01. Juli 2021 - 30. Juni 2022) wieder.

Wir BÜNDNISGRÜNE haben der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und den interregionalen Beziehungen Sachsens neues Leben eingehaucht. Frauen- und Gleichstellungsgruppen in Polen haben wir eine Plattform angeboten und ein enges Netzwerk mit sächsischen Aktivist*innen aufgebaut. In der Corona-Krise waren es grüne Verantwortungsträger*innen, die sich für die Belange mobiler EU-Bürger*innen in unseren Grenzregionen eingesetzt haben und auf engste Abstimmung zwischen den Regierungen in der Grenzregion gedrungen haben. Auf Initiative der Europaministerin wird die Zusammenarbeit Sachsens mit Tschechien auf eine neue Ebene gehoben. Wir haben dafür gesorgt, dass Sachsen mit Okzitanien endlich eine französische Partnerregion bekommt und die italienische Regionalpartnerschaft mit Lazio aufblüht.

Mit der Beteiligung an der Konferenz zur Zukunft Europas haben wir Bürger*innen aus Sachsen, Polen und Tschechien aktiv in den Willensbildungsprozess zur Weiterentwicklung des europäischen Einigungswerks einbezogen.

Wir wollen uns weiter dafür einsetzen, dass die peripheren Grenzregionen zu neuen Zentren zusammenwachsen. Die Grenzschließungen während der Pandemie haben deutlich gemacht, wie eng die Grenzregionen bereits miteinander verwoben sind. Auch der Kohleausstieg und Strukturwandel müssen grenzübergreifend gedacht und best practices ausgetauscht werden. Gemeinsam mit unseren Schwesterparteien in Polen - Partia Zieloni und Tschechien – Strana zelených setzen wir uns für Rechtsstaatlichkeit, Gleichstellung, Umwelt- und Klimaschutz ein.

Geographisch sowie historisch bedingt, ist Sachsen enorm an der Weiterentwicklung der europäischen Nachbarn innerhalb der europäischen Werte- und Rechtsgemeinschaft interessiert. Eine solche Gemeinschaft setzt aber die Geltung des Rechtsstaatsprinzips in allen Mitgliedsstaaten voraus. Deshalb ist nicht hinnehmbar, wenn der Erosion des Rechtsstaatsprinzips in anderen Mitgliedsstaaten still zugesehen wird. Wir fordern die Landesregierung des Freistaats Sachsen auf, sich weiterhin und auf ganzer Linie aktiv für

rechtsstaatliche Prinzipien, Demokratie und Achtung von Menschenrechten - wie insbesondere Schutz von LGBTIQ+ und Schutz von Minderheiten bei unseren Partnerländern Tschechien und Polen einzustehen.

1) Umwelt- und Klimaschutz: Nachhaltige Innovation mit regionaler Dimension.

Wir BÜNDNISGRÜNE in Sachsen entwickeln klimafreundliche Perspektiven für die Region und tragen unseren Teil zu einer ambitionierten europäischen Klimaschutzpolitik bei.

Die Staatsregierung muss den Kohleausstieg zügig umsetzen. Notwendige Strukturveränderungen sollen gemeinsam mit der Bevölkerung vor Ort gedacht und entwickelt werden. Sachsen muss dabei eine Vorreiterfunktion einnehmen und beispielgebend aufzeigen, wie sich eine neue nachhaltige und innovative Region mit grüner Energie und grünem Wirtschaften entwickeln kann. Vorrang ist die dezentralen Energieversorgung durch kleine innovative Unternehmen, Bürgerkraftwerke oder Stadtwerke zu gewähren, die im besten Fall auch grenzüberschreitend wirksam sind.

Die Entscheidung der alten Bundesregierung, die Mittel aus dem Just Transition Fund zu 85% auf die Mittel aus dem Strukturstärkungsgesetz anzurechnen, ist für die vom Kohleausstieg betroffenen Regionen nicht hinnehmbar. Sie ist kontraproduktiv dem Anliegen der Europäischen Union gegenüber einen gerechten Übergang in allen Transformationsprozessen zu gewährleisten. Wir fordern unsere Mandatsträger*innen und Minister*innen auf sich für eine Änderung bei der neuen Bundesregierung einzusetzen.

Die unterschiedlichen Strukturwandel-und Förderinstrumente der EU, wie der Just Transition Fund müssen an strenge Umwelt- und Klimakriterien geknüpft werden um den Klimazielen von Paris entsprechen. Wir fordern, dass der Freistaat Sachsen sich im Bundesrat dafür einsetzt, dass mit den Mitteln nur Maßnahmen unterstützt werden, die uns auf einen Pfad des Pariser Klimaabkommens bringen. Bei der Verteilung der Mittel sollen sächsische Bürger*innen über direkt Beteiligungsprozesse eingebunden werden und so die Akzeptanz der erforderlichen Maßnahmen stärken.

Insbesondere fordern wir, dass die engen Beziehungen von Sachsen zu Polen und Tschechien bei Altbergbaufolgen und Wiedernutzbarmachung von Flächen genutzt werden. Gemeinsam sollte im Dreiländereck die Chance genutzt werden, die erste grenzüberschreitende Kohleausstiegsregion im Herzen Europa zu entwickeln, welche sich insbesondere mit dem Braunkohletagebau Turów und seinen Folgen beschäftigt. Die anhaltenden EU-Rechtsverletzungen durch den Weiterbetrieb des Kohletagebaus Turów müssen bei der EU Kommission angemahnt und letztlich unterbunden werden. Die Europäische Kommission muss endlich ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Polen in die Wege leiten.

2) Wirtschaft

Die sächsische Wirtschaft profitiert enorm vom gemeinsamen europäischen Binnenmarkt. Wie wichtig ein funktionierender Binnenmarkt für die hiesigen Unternehmen ist, zeigte sich, als die Lieferketten wegen der Corona-Krise unterbrochen und Grenzen wieder geschlossen wurden. Wir setzen uns dafür ein, dass solche Unterbrechungen in Zukunft verhindert werden, das ein Binnenmarkt-Notfallinstrument zügig auf den Weg gebracht wird und von weiteren Grenzschließungen abzusehen ist.

Der EU Green Deal hat bereits jetzt die Grüne Transformation der Industrie angestoßen und löst einen neuen Boom in der Erneuerbaren-Branche aus. Neue Geschäftsfelder tun sich durch die EU-Kreislaufwirtschaftspolitik auf. Die EU setzt einen gesetzlichen Rahmen für gleiche Wettbewerbsbedingungen auf dem digitalen Binnenmarkt, von dem insbesondere kleine und mittelständische Digitalunternehmen profitieren. Neue Regeln wie das EU-Lieferkettengesetz stärken das ethische Unternehmertum. Die sächsische Landesregierung sollte ihre eigene Wirtschaftspolitik an diesen europäischen Rahmen ausrichten und sächsische Unternehmen gezielt bei der Transformation unterstützen.

Wir fordern vom Freistaat Sachsen, dass er die sächsischen Unternehmen unterstützt, damit Sie in die Lage versetzt werden Herstellungsprozesse unter ökologischen Gesichtspunkten zu transformieren und zu perfektionieren. Dies umfasst auch die Konzeptionierung kreislaufbasierter und kreislauffähiger Waren. Entscheidende Aspekte wie Energieeffizienz, nachhaltiger Ressourceneinsatz, Schadstoffverringerung, Emissionsreduktion, sowie Reparierbarkeit und Wiederverwendbarkeit von End- und Zwischenprodukten dienen dabei nicht nur der Realisierung von CO2-Neutralität, sondern ebenso der ökonomischen Resilienz und stärken die langfristige Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Sachsen.

3) Flucht & Migration: Fluchtursachen bekämpfen und Migration ermöglichen

Der Freistaat Sachsen steht in der Pflicht, die Menschenrechte zu gewährleisten und eine humane und menschenwürdige Asylpolitik umzusetzen. Wir lehnen Abschiebungen aus Sachsen in Herkunftsstaaten, die nicht sicher sind, ab. Wir BÜNDNISGRÜNE ringen als Teil der Regierung in Sachsen hart dafür, dass endlich Standards für eine menschenwürdige Rückführungspraxis für die sächsischen Behörden handlungsleitend und bindend sind. Dafür haben wir die Einführung eines Abschiebemonitorings am Flughafen Leipzig/Halle auf den Weg gebracht. Den Entscheidungen der Härtefallkommission über das Aufenthaltsrecht soll entsprochen werden. Wir wollen sicheren Familiennachzug garantieren.

Jedes Menschenleben zählt. Auf unser beharrliches Drängen hin hat der Freistaat sich schon in 2020 bereit erklärt, zusätzlich zum Königsteiner Schlüssel Geflüchteten aufzunehmen. Wir fordern eine Erneuerung der Aufnahmebereitschaft des Freistaates gegenüber dem Bund ein. Dies gilt sowohl für die Menschen, die innerhalb der EU unter katastrophalen Bedingungen in Lagern ausharren wie auch für Menschen aus Drittstaaten, denen wir im Rahmen von Resettlement-Programmen des Bundes Zuflucht in Sachsen bieten wollen. Wir rufen die Bundesregierung dazu auf das menschenverachtende Dublin-System zu reformieren und sich für eine gemeinsame europäische Lösung einzusetzen, die von der alten Bundesregierung viel zu lange blockiert wurde.

4) Lebendige Partnerschaften, europapolitische Bildung und transnationale Bürger*innenbeteiligung

Wir BÜNDNISGRÜNE begrüßen, dass das Europaministerium auf dem Weg ist, Sachsens Regionalpartnerschaften wiederzubeleben und fordern einen stärkeren Austausch, insbesondere auch innerhalb der Zivilgesellschaft. Die Schaffung grenzübergreifender regionaler parlamentarischer Gremien mit eigenen Budgets ist ein greifbares Ziel. Dazu sehen wir insbesondere Bürger*innenforen und -räte, als konkrete Formen der Bürger*innenbeteiligung an, für die sich das sächsische Europaministerium engagieren soll. Wir wollen die Unionsbürgerschaft zu einer europäischen Staatsbürgerschaft entwickeln, die gleiche politische und soziale

Rechte für alle EU-Bürger*innen schafft. Dazu gehört auch aktives und passives Wahlrecht auf allen Ebenen für EU-Bürger*innen im Land ihres Hauptwohnsitzes. Wir fordern, dass der Freistaat Sachsen hierzu eine Bundesratsinitiative auf den Weg bringt und prüft welche rechtlichen Möglichkeiten es für eine europäische Staatsbürgerschaft gibt.

Angebote der europäischen Bildung müssen allen Sächsinnen und Sachen zur Verfügung stehen. Das bedeutet auch in den ländlichen Räumen Angebote zu entwickeln und dazu einzuladen. Dorf-, Gemeinde-, und Städtepartnerschaften, die Möglichkeit seine Ferien in einem europäischen Camp zu verbringen und Partnerschaften in Schule und Gemeinwesen zu erleben. Die Chancen Europas müssen erlebbar sein. Weltoffenheit braucht greifbare Erfahrungen. Auslandserfahrung auf dem Bildungsweg muss für alle möglich werden, insbesondere auch außerhalb von akademischen Kreisen und besserverdienende Familien.

Deshalb wollen wir etablierte Programme wie den Europäischen Freiwilligendienst (EFD) stärken, indem wir die daran teilnehmenden Einrichtungen in Sachsen fördern.
Eine wichtige Grundlage für ein weiteres Zusammenwachsen von europäischen Binnengrenzräumen bildet das Erlernen von Nachbarsprachen. Landkreise und Kommunen müssen ermutigt und unterstützt werden entsprechende Angebote in Kitas und Schulen zu schaffen oder sogar bi- und trinationale Einrichtungen zu errichten. Wir fordern unsere Mandatsträger*innen und Regierungsmitglieder auf sich im Rahmen ihrer Zuständigkeiten für stärkere europäische und nachbarsprachliche Bildung einzusetzen.

5) Mobilität

Die Verkehrswende muss europäisch gedacht werden. Bisher verbinden vorrangig Straßen Sachsen mit seinen Nachbarländern verbindet, während die Infrastruktur der Züge in weiten Teilen für einen grenzüberschreitenden Verkehr nicht existiert oder mit Hindernissen versehen ist. Wichtige Schienenabschnitte wie Dresden-Görlitz müssen elektrifiziert werden und transnationale Abschnitte, wie beispielsweise in der Lausitz, müssen reaktiviert werden. Wir fordern den Freistaat Sachsen auf sich bei der Neubaustrecke Dresden-Prag strenge ökologische Kriterien anzuwenden und das die Strecke auch für das europäische Nachtzugnetz und den Güterverkehr nutzbar ist. Der Fokus bei der Mobilitätsförderung muss auf einem Ausbau der leisen und umweltfreundlichen Mobilität liegen und nicht beim zweitgrößten Frachtflughafens Deutschlands oder noch mehr Fernstraßen. Auch die grenzüberschreitende Radinfrastruktur, sowie der Teil der sächsischen Radfernwege muss ausgebaut werden.

Im Bereich Schifffahrtsverkehr lehnen wir weiterhin eine Vertiefung der Elbe und den Bau neuer Staustufen, sowohl auf deutscher als auch tschechischer Seite ab. Die gravierenden ökologischen Folgen rechtfertigen einen so starken Eingriff nicht.

6) Arbeiten und Leben in europäischen Regionen

Die Versorgung mit Dienstleistungen und Infrastrukturen der Daseinsvorsorge, insbesondere die Erreichbarkeit von Einrichtungen und Angeboten der Grundversorgung für alle Bevölkerungsgruppen ist eine notwendige Voraussetzung für eine Chancengleichheit der Bürger*innen. Ländliche Grenzräume stehen aufgrund ihrer räumlichen Lage bei der Sicherung ihrer Daseinsvorsorge vor

zusätzlichen Herausforderungen. Unterschiedliche staatliche Verwaltungssysteme, Organisationen sowie Sprachbarrieren erschweren ihnen die Kooperation mit ihren Nachbarn im Bereich der Daseinsvorsorge. Einzugsbereiche von Einrichtungen der Daseinsvorsorge können vergrößert und somit Tragfähigkeitsgrenzen erreicht werden. Ebenso müssen keine Doppelstrukturen auf beiden Seiten der Grenze erhalten werden. Zusätzliche Hürden entstehen durch den demografischen Wandel, insbesondere für die Versorgung mit Bildungseinrichtungen im Grenzraum. Gleichzeitig wirkt er sich dramatisch auf die Erreichbarkeit der medizinischen Versorgung der alternden Bevölkerung aus. Deshalb setzen wir uns für bessere grenzüberschreitende Zusammenarbeit für öffentliche Dienstleistungen ein – wie Gesundheitsdienste, Kinderbetreuung, Schulbildung und Altenpflege, Versorgung mit Energie, Wasser, Telekommunikation, Abfall und Abwasserentsorgung, Rettungsdienst, Katastrophenschutz und Brandschutz. Hier muss konsequent in europäischen Regionen gedacht, geplant und gehandelt werden. Bisher gibt es hier viele rechtliche und praktische Hürden. Wir fordern die Bundesregierung auf die Hürden für eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Daseinsvorsorge zu senken und kommunale Modellprojekte zu fördern.

7) Kulturhauptstadt Europa Chemnitz 2025

Der Titel "Kulturhauptstadt Europas" ist die Gelegenheit, Chemnitz und im weiteren Sinne auch ganz Sachsen als europäische Modellregion neu auf der Landkarte Europas zu verorten. Es ist ein Plädoyer für das Entdecken der Selbstwirksamkeit, für Demokratiearbeit, für Vernetzung und Weltoffenheit. Chemnitz wächst mit der Kultur - und an der Herausforderung! Im Antrag wurde zurecht die pragmatische Macher*innenmentalität in der Stadt und der Region betont. Chemnitzer und gesamt-sächsische Innovationskraft wird für die großen Zukunftsfragen Klimaneutralität und Digitalisierung gebraucht – genauso wie für die anstehenden Transformationen in Gesundheit und Sozialwirtschaft. Die Macher*innenorientierung der Kulturhauptstadt sollte dazu genutzt werden, um Produkte, Lieferketten und Produktionsprozesse im Sinne einer nachhaltigen und Ressourcen schonenden sowie klimafreundlichen Entwicklung sächsischen Modellregion Europas zu gestalten.

Die gleichzeitige Ernennung von zwei Kulturhauptstädten - Nova Gorica und Chemnitz - ist eine große Chance für direkte europäische Vernetzung, die für die Kooperation beider Städte bei Veranstaltungen und Austausch im Rahmen des Künstler*innenprogramm genutzt werden kann. Somit wird ermöglicht, Europa praktisch erlebbar zu machen.

Wir fordern den Freistaat Sachsen dazu auf, in diesem Sinne unterstützend zu wirken.

Begründung

Erfolgt mündlich